2014.SR.000164 (14/312)

Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz/Stéphanie Penher, GB): Wirrwarr in der Berner Standortförderung?

Die Bereiche Aussenbeziehungen (politische Standortförderung) und Wirtschaftsförderung (wirtschaftliche Standortförderung) waren jüngst Gegenstand einer ganzen Reihe von parlamentarischen Vorstössen und medialer Berichterstattung. Verschiedene Akteure aller politischer Couleur forderten dabei eine bessere Koordination der Aktivitäten zwischen den involvierten städtischen Direktionen und Ämtern (Wirtschaftsamt sowie Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) sowie zwischen kommunalen, regionalen und kantonalen Aktivitäten in den Themenbereichen der Aussenbeziehungen sowie der politischen und wirtschaftlichen Standortförderung.
Zur politischen Standortförderung: Bereits im Rahmen der Diskussion des Berichts zur Agglomerationspolitik 2013 im März 2014 hat die Fraktion GB/JA! auf den Optimierungsbedarf bei der Pflege der Aussenbeziehungen und der Zusammenarbeit mit übergeordneten Gremien und Vernetzungsorganisationen hingewiesen.
Die Unterzeichnenden begrüssen die Mitgliedschaften oder das Einsitznehmen der Stadt Bern in verschiedene Gremien, Projekt- und Arbeitsgruppen, die der Vernetzung und der Durchsetzung der politischen Interessen der Stadt (und Region) Bern dienen. Für den Stadtrat relevant wäre aber eine kritische Bilanz des Erreichten in Sachen Aussenbeziehungen, eine Analyse von Dysfunktionen, eine Agenda über anstehende Projekte und mögliche politische Strategien und Vorgehensweisen. Zur wirtschaftlichen Standortförderung: Unter anderem zwei jüngst eingereichte Vorstösse werfen Fragen auf zum Nutzen der regionalen Wirtschaftsförderung oder stellen den Nutzen der regionalen Wirtschaftsförderung indirekt in Frage (Interpellation Fraktion SVP [Rudolf Friedli, SVP]: Was bringt die Wirtschaftsförderung wirklich? Motion Fraktion SP [Peter Marbet, SP]: Wirtschaftsförderung mit Kanton zusammenlegen).
Die Unterzeichnenden des vorliegenden Vorstosses sind der Auffassung, dass Bern eine regionale Wirtschaftsförderung mit ihren spezifisch „lokalen“ Aufgaben benötigt und die Übertragung dieser Aufgabe an den Kanton Bern weder im Interesse der Stadt noch des Kantons Bern ist. Gleichzeitig nehmen die Unterzeichnenden die Häufung von kritischen Stellungnahmen (innerhalb und ausserhalb des Stadtrats) bezüglich Koordination und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren ernst („Alle machen überall irgendetwas“) und erwarten vom Gemeinderat eine Auslegeordnung.
Die Unterzeichnenden bitten den Gemeinderat vor diesem Hintergrund um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass Doppelspurigkeiten zwischen dem Wirtschaftsamt und der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik vermieden werden?
2. Sind neben dem Wirtschaftsamt (SUE) und der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik (PRD) weitere Ämter in Fragen der Standortförderung involviert?
3. Wie viele Mittel werden für die Standortförderung (unter Berücksichtigung von Frage 2) aufgewendet?
4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Aktivitäten der regionalen und kantonalen Wirtschaftsförderung bestmöglich aufeinander abgestimmt sind? Wie werden die Zusammenarbeit und die konzeptionelle Ausrichtung mit privaten Organisationen sichergestellt beziehungsweise abgestimmt?
5. Wie begründet der Gemeinderat die Ansiedlung des Wirtschaftsamts in der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie?
6. Welche Wirkung hätte die Zusammenführung des Wirtschaftsamts und der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik in die gleiche Direktion?

7. Welches sind die Ziele des Gemeinderats für die Bereiche politische und wirtschaftliche Standortförderung? Verfügt der Gemeinderat über ein Gesamtkonzept für die Bereiche politische und wirtschaftliche Standortförderung? Falls Ja: Wieso wurde das Konzept dem Stadtrat nicht zugänglich gemacht? Falls Nein: Ist der Gemeinderat bereit, ein solches Gesamtkonzept zu entwickeln?

Bern, 22. Mai 2014
Erstunterzeichnende: Regula Tschanz, Stéphanie Penher
Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Mess Barry, Franziska Grossenbacher, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Pascal Rub, Jacqueline Gafner Wasem, Christoph Zimmerli, Melanie Mettler, Sandra Ryser, Michael Köpfli, Daniel Imthurn, Peter Ammann, Claude Grosjean

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass einige Personenkreise eine noch bessere Koordination der Aktivitäten zwischen den städtischen Direktionen und Ämtern (Wirtschaftsamt sowie Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) sowie zwischen kommunalen, regionalen und kantonalen Aktivitäten in den Themenbereichen der Aussenbeziehungen sowie der politischen und wirtschaftlichen Standortförderung wünschen. Er nimmt denn auch die wiederkehrenden Sparforderungen und politischen Vorstösse betreffend die Wirtschaftsförderung ernst und will einen neuen Anlauf für eine optimale Vernetzung der wichtigsten Akteure und der kommunikativen Vermarktung des Standorts nehmen. Aus diesem Grund hat er an seiner Sitzung vom 13. August 2014 der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie ein Verhandlungsmandat zur Prüfung einer allfälligen Neuorganisation Standortvermarktung erteilt. Die Synergiepotentiale mit Partnerorganisationen wie Bern Tourismus, BERNcity etc. sollen geprüft werden mit dem Ziel, die knappen öffentlichen Gelder zu bündeln und noch effizienter einzusetzen.

Rückblick/Ausgangslage Wirtschaftsamt
Per 1. Januar 2008 wurde die Stadtpolizei in die Kantonspolizei überführt. Gleichzeitig hatte der Gemeinderat der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) zur Kompensation neue Aufgaben übertragen. Mit der Reorganisation wurde der SUE das Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz und die Mobilitätsberatung übertragen. Das Wirtschaftsamt (WA) wurde von der Präsidialdirektion (PRD) zur Direktion SUE verschoben, hauptsächlich um die Schnittstellen zum Polizeiinspektorat (insbesondere zur Dienststelle Gewerbe und Veranstaltungsmanagement), zum Amt für Umweltschutz (Klimaplattform der Wirtschaft, Cleantech-Initiativen, SwissECS) oder zum Tierpark (Tourismus) optimal zu nutzen. Diese Zuteilung wurde vom Gemeinderat 2011 bestätigt und hat sich seither grundsätzlich bewährt.

2009 entschied sich der Gemeinderat nach einer vertieften Analyse für eine städtische Wirtschaftsförderung mit regionaler Ausrichtung. Die Stadt Bern übernahm per Anfang 2010 die Leitung des Fachbereichs Wirtschaft der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (WIRTSCHAFTSRAUM BERN). Ebenfalls im 2010 nahm der Gemeinderat Kenntnis von der Konzeption zur Neuausrichtung des Wirtschaftsamts und sprach den zur Umsetzung notwendigen Kredit. Der Stadtrat hat diese Beschlüsse zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Wirtschaftsamt bietet unter der Bezeichnung WIRTSCHAFTSRAUM BERN der Stadt und im Auftrag der Regionalkonferenz Bern-Mittelland in den umliegenden Gemeinden Dienstleistungen für Unternehmen, Organisationen/Verbände und Wirtschaftsfachleute an. Auf Nachfrage gibt der WRB Auskunft über Nutzungszonen in den Quartieren, über Vorschriften für das Gewerbe oder

Beratung bei Unternehmensgründungen. Der WRB ermöglicht weiter Zugang zu Wissensträgern sowie zu möglichen Geldgebern. Er ist ein wichtiges Bindeglied zu den Behörden und zur Politik.

Das oberste Ziel der Wirtschaftsförderung sind die Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Promotion des Wirtschaftsstandorts Stadt und Region Bern. Das Wirtschaftsamt berät und betreut Unternehmen, aber auch Gemeinden der Teilkonferenz Wirtschaft in Wirtschafts- und Planungsfragen. So hat es kürzlich beispielsweise an der öffentlichen Vernehmlassung der regionalen Landschaftsplanung teilgenommen und darin die hohe Bedeutung einer intakten, attraktiven Landschaft und guten Naherholungsmöglichkeiten für die Standortgunst von Bern unterstrichen.

Das Wirtschaftsamt führt eine Grundstücksdatenbank, in der die verfügbaren Flächen von Industrie-, Gewerbe- und Büroliegenschaften in der Region sowie dazu gehörende zusätzliche Informationen aufgeführt sind. Zurzeit sind rund 100 Objekte erfasst, welche über die WRB-Plattform vermittelt werden können. Die Anzahl der Standortanfragen ist in den letzten drei Jahren stabil geblieben bzw. leicht von 109 (2011) auf 113 pro Jahr gestiegen. Die Anfragen sind jedoch komplexer geworden (detailliertere Fragen bzw. Bedarf an Zusatzinformationen wie z.B. Raumhöhe, Dichte, Bodenbelastbarkeit, Art der Anschlüsse etc.) und werden massgeschneidert beantwortet.

Um Kontakte zu ermöglichen und zu fördern, werden Netzwerkanlässe und Firmenbesuche durchgeführt. Verschiedene Kommunikationsaktivitäten und Informationsmassnahmen (Newsletter, Imagebroschüren, Social Media, Magazin BERNpunkt, Investorenflyer etc.) runden das Dienstleistungspaket ab. Das zweimal pro Jahr erscheinende Magazin BERNpunkt hat eine Auflage von 12 000 Stück. Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher der WRB-Internet-Seite ist stark zunehmend. Im März 2014 waren es 18 687 Hits, also fast dreimal so viel wie vor zwei Jahren.

Im Wirtschaftsamt arbeiten zurzeit 8 Personen, was 6,2 Vollzeitstellen entspricht. Zu berücksichtigen dabei ist, dass davon zwei Personen mit Teilzeitpensum (insgesamt 1,1 Vollzeitpensum) aufgrund ihrer eingeschränkten Leistungsfähigkeit in Schonarbeitsplätzen arbeiten. Zudem wird seit August 2014 eine Lernende betreut. Das Amt hat 2014 für seinen Betrieb Bruttokosten von 1,2 Mio. Franken budgetiert (nach Abzug der Beiträge für Bern Tourismus BET). Werden davon die verschiedenen Einnahmen (durch Beiträge Teilkonferenz Wirtschaft, PPP u.a.) abgezogen, ergeben sich Nettokosten von rund Fr. 900 000.00. Mit diesem Geld werden auch Aufgaben erfüllt, welche nicht direkt die Standortförderung betreffen, allem voran die Bearbeitung von politischen Geschäften mit wirtschaftlichen Fragestellungen, verwaltungsinterne Aufträge und Projekte sowie die Einsitznahme in zahlreichen interdisziplinären Arbeitsgruppen. Auf die Wirtschafts- und Standortförderung entfallen von den Nettokosten gut die Hälfte (Fr. 450 000.00). Dies macht rund Fr. 3.25 pro Einwohnerin/Einwohner der Stadt Bern pro Jahr aus. Zuverlässige Vergleichszahlen über die Ausgaben anderer Städte liegen nicht vor. Es wird geprüft, ob zusammen mit der Fachhochschule Bern ein entsprechender Vergleich erstellt werden könnte.

Nun soll - wie einleitend erwähnt - ein neuer Anlauf für eine noch bessere Vernetzung der wichtigsten Akteure und der kommunikativen Vermarktung des Standorts genommen werden. Um das Ziel zu erreichen, ist ein effizienteres Zusammenwirken von WIRTSCHAFTSRAUM BERN, Bern Tourismus (BET), BERNcity und den verschiedenen Verbänden notwendig. Zudem ist der Zusammenarbeit mit der Region gebührend Aufmerksamkeit zu schenken, hat doch der Gemeinderat der Strategie 2020 des WIRTSCHAFTSRAUMs BERN zugestimmt. Die zahlreichen Interessen müssen optimal aufeinander abgestimmt werden.

Ausganglage Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik
Die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik (Austa) beobachtet und analysiert das für die Entwicklung der Stadt relevante Umfeld und Themen mittels statistischen Erhebungen und Untersuchungen.

Sie unterstützt den Gemeinderat bei den aussenpolitischen Aufgaben (z.B. Hauptstadtregion Schweiz), ist zuständig für das politische Controlling des Gemeinderats (z.B. Legislaturziele), ist verantwortlich für die öffentliche Statistik (z.B. Leerwohnungsstatistik) und erarbeitet Studien als Grundlagen für die politische Planung (z.B. Bevölkerungsbefragung, Schülerprognose).

Die Austa macht keine Standortförderung im engeren Sinn; ihre Aktivitäten im Bereich Aussenbeziehungen kann man aber, wie es die Interpellantinnen und Interpellanten nennen, politische Standortförderung nennen. Diese grenzt sich jedoch klar ab von den anderen Standortförderungsbestrebungen, die eher auf ein klassisches Standortmarketing abzielen. Die Förderung der Aussenbeziehungen geht zurück auf die gemeinderätliche Erkenntnis aus dem Jahre 2004, wonach die politischen Interessen der Stadt Bern im regionalen, kantonalen und auch nationalen Kontext vielfach zu wenig wahrgenommen wurden; Adressaten sind damit die kantonalen und nationalen Exekutiven, Parlamente und anderen Behörden. Insbesondere ging es seinerzeit auch darum, die zu dieser Zeit auf nationaler Ebene aufkommenden Agglomerationsbestrebungen adäquat zu unterstützen (z. B. Tripartite Agglomerationskonferenz, Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) des Kantons Bern und die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland).

Heute sind den Aussenbeziehungen für die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben rund 200 Stellenprozente zugedacht. Der Bereich Aussenbeziehungen befasst sich mit der Interessenwahrnehmung auf kantonaler und nationaler Ebene; er organisiert die regelmässigen Treffen mit den städtischen bzw. kantonalen Vertretungen im kantonalen und nationalen Parlament, rapportiert der stadträtlichen Agglomerationskommission über die agglomerationspolitischen Anliegen und Projekte der Stadt Bern und arbeitet in weiteren Gremien mit. Des Weiteren betreut die Abteilung die Dossiers derjenigen Organisationen (z.B. Städteverband, Gemeindeverband oder Hauptstadtregion Schweiz), in denen der Stadtpräsident ad functionam Einsitz nimmt. Die Austa führt zudem einzelne Projekte (z. B. die Geschäftsführung des Vereins „Engpass Wankdorf-Muri beseitigen: Zukunft sichern jetzt“), die der Wahrnehmung der politischen Interessen der Stadt Bern dienen.

Seit Beginn war die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik federführend beim Aufbau der Hauptstadtregion Schweiz; bis heute übernimmt die Austa hier stadtintern die Federführung und leitet einige der operativen Gremien des Vereins. Zudem arbeitet sie in verschiedenen Projekt- und Arbeitsgruppen und koordiniert die Stadtverwaltung bei übergreifenden Themen.

Weiter ist die Austa Anlaufstelle für Anliegen von den ausländischen diplomatischen Vertretungen und koordiniert auch hier bei Bedarf die Fachabteilungen der Stadtverwaltung. Von aktueller Bedeutung ist die Pflege der in Bern ansässigen internationalen Organisationen. So konnte zum Beispiel der drohende Wegzug der Organisation „intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires“ (OTIF) nicht zuletzt dank dem erfolgreichen Lobbying der Stadt abgewendet werden. Die internationalen Organisationen leisten vor allem wegen ihren Kongressen einen wichtigen Beitrag zur städtischen Wertschöpfung. Mit einer weiteren Organisation, die den Zuzug nach Bern in Betracht zieht, laufen intensive Gespräche.

Zusammenarbeit Wirtschaftsamt, Austa und weitere Verwaltungsstellen
Die direktionsübergreifende Zusammenarbeit läuft gut. Die klassische Standortförderung obliegt dem WIRTSCHAFTSRAUM BERN (WRB), andere Fachabteilungen kümmern sich um andere, für die Standortförderung relevanten Fragen, so etwa Immobilien Stadt Bern um die Entwicklung und

Vermarktung der städtischen Areale oder Bern Tourismus (BET) um die touristischen Belange. Im Bereich der politischen Interessenwahrnehmung sind neben der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik ebenfalls verschiedene Verwaltungseinheiten zuständig, so etwa die Stadtkanzlei oder, bezogen auf konkrete Projekte, die Generalsekretariate und Fachabteilungen.

Insofern ist Standortförderung eine klassische Querschnittaufgabe. Verschiedene gemeinsame, erfolgreiche Projekte bezeugen dies, so etwa die Euro 08, die Hauptstadtregion Schweiz, Swiss Energy and Climate Summit, Auftritt BEA 2013 oder das Stadtentwicklungskonzept 2015. Die Abstimmung ist konstruktiv und Aufgabenüberschneidungen sind selten, die persönlichen Kontakte spielen gut.

Im Rahmen der oben erwähnten Arbeiten für ein Standortmarketing wird den verwaltungsinternen Schnittstellen eine noch verstärktere Sorgfalt gewidmet, um die Qualität gewisser Abläufe weiter zu verbessern.

Zu Frage 1:
Die Zuständigkeiten, wie in der Einleitung beschrieben, führen nicht zu Doppelspurigkeiten. Bestehende Schnittstellen sind geklärt. Zu medialen Missverständnissen kam es einzig bei der Frage des Club politique, den der Wirtschaftsraum unter dem Begriff Politzentrum lanciert hat und damit eine gewisse Überschneidung aufweist mit den Bestrebungen für das Politzentrum Bern, welche im Rahmen der Hauptstadtregion und damit bei der Austa laufen. Insofern kann es sein, dass die Aussenwirkung nicht immer optimal ist bzw. war, was der Gemeinderat erkannt hat. Die Kommunikation gegen aussen wird überprüft und, wo nötig, neu aufgesetzt. Zudem werden die internen Abläufe unter die Lupe genommen, mit dem Ziel an Effizienz zu gewinnen.

Zu Frage 2:
Wie bereits im Abschnitt „Zusammenarbeit Wirtschaftsamt, Austa und weitere Verwaltungsstellen“ beschrieben, sind verschiedenste Verwaltungseinheiten mit Aufgaben betraut, die der Standortförderung dienen: Jede Aktivität der Verwaltung hat direkt oder indirekt eine Aussenwirkung, einen Einfluss auf das Image von Bern. Zu erwähnen ist beispielsweise das Amt für Umweltschutz, das mit der Klimaplattform der Wirtschaft umwelt- und klimabewusste Unternehmen für den Standort Bern sensibilisiert, oder der Tierpark, der insbesondere mit dem BärenPark eine grosse Touristenattraktion darstellt und Bern dadurch national und international bekannt macht. Auch das Polizeiinspektorat mit seinen vielfältigen Kundenkontakten ist ein wichtiger Image-Träger sowie andere Abteilungen auch. Auch ausserhalb der SUE betreiben stadtintern zahlreiche Fachabteilungen indirekte Standortförderung, so etwa Immobilien Stadt Bern mit der Vermarktungspolitik von Grundstücken und Liegenschaften oder die Abteilung Kulturelles, die wichtige Arbeit für das kulturelle Image der Stadt leistet. Auch andere Fachabteilungen leisten ihre Beiträge dafür, dass Bern auch in internationalen Ratings über hervorragende Standortfaktoren verfügt.

Zudem sind bei grossen Projekten vielfach auch die Region, der Kanton oder die Hauptstadtregion Schweiz involviert. Ein Beispiel für eine gelungene Werbung für Bern als Bildungsstandort ist der gemeinsame Auftritt von Stadt Bern, Bern Tourismus und Kanton Bern an der SwissSkills Bern vom 17. - 21. September 2014. Auch am Swiss Energy & Climate Summit (SwissECS) vom 3./4. September 2014 trat die Stadt Bern, die Region Bern-Mittelland und der Kanton unter einem Namen auf und setzte sich gemeinsam für einen starken Cleantech-Standort Bern ein. „Das A und O“ einer erfolgreichen Standortförderung ist eine optimale Abstimmung der Beteiligten, der Aktivitäten und Kommunikation, damit keine Widersprüche entstehen und nach aussen getragen werden.

Zu Frage 3:
Für die Standortförderung stehen beim Wirtschaftsamt rund Fr. 450 000.00 zur Verfügung (siehe Rückblick/Ausgangslage Wirtschaftsamt). Die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik hat kein

spezifisches Budget für Standortförderungsmassnahmen. Allfällig anfallende Kosten sind projektbezogen und bewegen sich auf tiefem Niveau (z.B. im Jahr 2014 die Kosten für einen Empfang der internationalen Organisationen oder des EDA-Kadernachwuchses). Die übrigen Amtsstellen verfügen ebenfalls über keine Mittel für die direkte Standortförderung.

Zu Frage 4:
Für die regionale Wirtschaftsförderung ist die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Bereich Wirtschaft, zuständig. Ihre Aktivitäten werden in der Kommission Wirtschaft vorbereitet. In der Kommission Wirtschaft sind neben Gemeindevertretern die Wirtschaftsverbände, innoBE und die Standortförderung des Kantons Bern vertreten. Für die Stadt Bern nimmt der Direktor der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) Einsitz. Die Geschäftsführung der Kommission Wirtschaft liegt beim Wirtschaftsamt der Stadt Bern. Die Interessen der Stadt Bern können dadurch unmittelbar eingebracht werden. Das Wirtschaftsamt führt zudem mit der Standortförderung des Kantons Bern separat noch einen regelmässigen Austausch, bei dem es um Themen wie beispielsweise Flughafen Bern, Entwicklungsstandorte und Ähnlichem geht.

Ideal für eine optimale Abstimmung unter den verschiedenen Akteuren ist ausserdem, dass der Direktor SUE Vorstandsmitglied von Bern Tourismus (BET) ist und ein regelmässiger Austausch auch in Form von Quartalsgesprächen mit BET stattfindet. Der Tourismus ist für den Wirtschaftsstandort Bern von grosser Bedeutung: So beträgt die Wertschöpfung dieser Branche in der Stadt Bern rund eine Milliarde Franken, und rund sechs Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Tourismusbereich.

Für die stadtinterne Koordination stehen projektbezogene Gremien zur Verfügung, die sich regelmässig gegenseitig über anstehende Projekte informieren und sich treffen.

Die aktuelle Konstellation hat sich für die Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Region, dem Kanton, anderen internen Dienststellen und privaten Organisationen grundsätzlich bewährt. Trotzdem soll geprüft werden, wie die Koordination noch zusätzlich verbessert werden könnte.

Zu Frage 5:
Siehe Rückblick/Ausgangslage Wirtschaftsamt. Die gewählte Lösung hat sich grundsätzlich bewährt.

Zu Frage 6:
Als es darum ging, das Wirtschaftsamt neu zuzuteilen, wurden die Vor- und Nachteile eines Wechsels in eine andere Direktion sorgfältig abgeklärt. Für eine Zugehörigkeit zur PRD sprach der Umstand, dass gewisse Grossfirmen und Persönlichkeiten einen direkten Kontakt zum Stadtpräsidenten suchen. Ansiedlungen oder Ausbau von bestehenden Betrieben sind oft mit planungs- oder baurechtlichen Fragen verknüpft. Mit einer Reintegration könnten die Dienstleistungen der Abteilungen Aussenbeziehungen und Statistik, Stadtplanungsamt und Bauinspektorat, welche für die Befriedigung der Bedürfnisse der Wirtschaft von Bedeutung sind, führungsmässig aus einer Hand angeboten werden. Zudem hat der Stadtpräsident als Mitglied der Geschäftsleitung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland Einblick in alle Teilkonferenzen.

Für die Zugehörigkeit zur SUE spricht demgegenüber die Tatsache, dass die Synergiemöglichkeiten mit anderen SUE-Abteilungen, insbesondere mit dem Polizeiinspektorat (Gewerbe- und Veranstaltungsmanagement), Amt für Umweltschutz (Klimaplattform der Wirtschaft, Cleantech-Initiativen, SwissECS) sowie Tierpark (Tourismus) gross sind. Weiter vertritt der Direktor SUE die Stadtinteressen im Bereich Wirtschaft als Mitglied der Kommission Wirtschaft der entsprechenden Teilkonferenz sowie als Vorstandsmitglied von Bern Tourismus.

Wichtig für die Wirtschaft ist es letztendlich, *eine* lokal verantwortliche Anlaufstelle für ihre Anliegen zu haben. Diese ist für die stadtinterne, direktionsübergreifende Koordination zuständig. Ob diese nun aber in der Präsidialdirektion oder in der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie oder in einer anderen Direktion angesiedelt ist, ist zweitrangig. Hauptsache ist, dass diese Anlaufstelle die Koordination zwischen den einzelnen Akteuren sicherstellt, und die Synergien bestmöglich im Interesse des Kunden/der Kundin genutzt werden. Eine Zusammenführung in der PRD würde weder finanziell noch personell zu Einsparungen führen und aus Sicht Gemeinderat keinen ausserordentlichen Mehrwert bringen. Des Weiteren gilt es zu beachten, dass bei Verschiebungen von Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung die Grundsätze für die Zuteilung der Aufgaben auf die fünf Direktionen gemäss Artikel 124 Absatz 3 der Gemeindeordnung (Sachzusammenhang, politisches Gewicht und gleichmässige Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung) nicht verletzt werden. Um die Ausgewogenheit der verschiedenen Direktionen zu gewährleisten, würde eine Zusammenführung des Wirtschaftsamts und der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik in die gleiche Direktion voraussichtlich in eine grössere Verwaltungsreform münden. Der Gemeinderat hat darauf verzichtet.

Zu Frage 7:
Der Gemeinderat unterstützt die von der Regionalversammlung Bern-Mittelland am 21. Juni 2012 verabschiedete Strategie 2020, ist er doch der Überzeugung, dass nur eine *regionale* Zusammenarbeit erfolgreich sein kann, um sich gegenüber den konkurrierenden Städten und Regionen behaupten zu können. Die Strategie 2020 berücksichtigt die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen in der Region und hat vor diesem Hintergrund strategische Ziele festgelegt:

- Das Halten bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Schaffung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen.
- Die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in einem globalen wirtschaftlichen Umfeld.
- Bekenntnis zu einer Wirtschaftspolitik, die zu nachhaltiger Wertschöpfung und regionalwirtschaftlicher Entwicklung führt.
- In Anlehnung an die Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern sollen sich bis ins Jahr 2020 die Wirtschaftskraft und der Wohlstand verbessern.
- Die Anziehungskraft der Region als Wirtschaftsstandort nimmt stetig zu.
- Der Erfolg der Strategie wird kontrolliert.

Aufbauend auf den Zielen wurden folgende strategische Themen entwickelt: Regionale Wirtschaftsentwicklung, Cleantech, Medtech/Pharma, Konzerne mit Hauptsitz in Bern, Strategische Partnerschaften und Politzentrum. Die dazugehörigen Massnahmen befinden sich planmässig in der Umsetzung.

Der Gemeinderat wartet eine erste Erfolgsbeurteilung ab und wird anschliessend über einen möglichen Handlungsbedarf befinden.

Bezüglich der aussenpolitischen Bestrebungen hat sich der Gemeinderat ausführlich in seiner Strategie „Bern 2020“ sowie in den Legislaturzielen 2013 - 2016 geäussert. Das aktuelle Legislaturprogramm enthält folgende Zielsetzungen:

- Die Stadt Bern baut ihre Stellung als Politzentrum der Schweiz aus.
- Die Zusammenarbeit auf regionaler und kantonaler Ebene wird verstärkt und das gegenseitige Verständnis wird gefördert.
- Urbane Interessen werden auf nationaler Ebene verstärkt wahrgenommen und berücksichtigt.

Entsprechend hat der Gemeinderat folgende prioritäre Massnahmen formuliert:

- Die Stadt Bern hat ihren Status als Hauptstadt gefestigt und arbeitet aktiv im Verein Hauptstadtregion Schweiz mit.
- Eine kantonale Städteachse zur besseren Vertretung urbaner Anliegen wird aufgebaut.
- Die Stadt Bern übernimmt in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eine Leadfunktion in ausgewählten Politikbereichen.
- Vier internationale Kooperationen sind realisiert.
- Die Stadt Bern ist international vernetzt.

Für diese Ziele ist die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik federführend zuständig, da es sich um politische ausgerichtete Aussenbeziehungen handelt. Das erste Reporting zu den Legislaturzielen 2013 - 2016 wird im Herbst 2014 fällig und die Überarbeitung der Strategie „Bern 2020“ soll im Jahr 2015 erfolgen. Der Gemeinderat wird darauf basierend entscheiden, ob ein weiteres Strategiepapier dazu sinnvoll sein wird.

Bern, 17. September 2014

Der Gemeinderat